

Lieber heute schon umfallen, damit es morgen keiner mehr merkt

Die ersten Erfahrungen mit der Linksfraktion zeigen: Misstrauen bleibt notwendig/Von René Schulz

Die Linkspartei im Bundestag: Manche Friedensbewegte haben sich Hoffnungen darauf gemacht, ihr Standpunkt werde durch eine starke linke Parlamentsfraktion gestärkt. Schließlich hat die Linkspartei im Wahlkampf ein klares „Nein“ zu „Kriegseinsätzen in aller Welt“ angekündigt. Eine erste Bilanz der Fraktionsarbeit aus antimilitaristischer Sicht fällt genauso aus wie die Fraktionsarbeit selbst: zwiespältig.

Am 26. Oktober zelebrierte die Bundeswehr ihren Großen Zapfenstreich in Berlin. Die außen- und verteidigungspolitischen Sprecher der Linksfraktion, Wolfgang Gehrcke und Paul Schäfer, hat-



Ratebild aus dem „großen Staatsbürgertest“ der **Zivil Courage** zur Bundestagswahl 2002

ten im Vorfeld verkündet, die Fraktion werde „die verschiedenen Formen des Protestes gegen dieses Militärritual unterstützen.“ Und tatsächlich befanden sich unter den 3.000 DemonstrantInnen auch fünf Abgeordnete. Paul Schäfer war nicht darunter – der war lieber zum Bundestagsempfang geeilt, wo ein Festakt zu Ehren von 50 Jahren Bundeswehr stattfand, mit Politikern, Bundeswehrgenerälen und Nato-Vertretern. Schäfer entwickelte dort keineswegs die angekündigten „Formen des Protestes“, sondern protestete der versammelten Kriegstreiberschar zu.

Schon zu diesem Zeitpunkt musste man sich fragen, was die Fraktion bewogen haben mag, gerade diesen Abgeordneten zum verteidigungspolitischen Sprecher zu machen.

Soviel zur außerparlamentarischen Tätigkeit. Ähnlich ambivalent sieht es

bei den parlamentarischen Initiativen aus. Auf der einen Seite greift die Fraktion friedenspolitisch relevante Themen auf und artikuliert Dinge, die im Bundestag sonst kaum zu hören wären. Das gilt etwa für die Teilhabe der Bundesregierung an Folter und die Bereitstellung deutscher Flughäfen und des Luftraums für die Folterflüge der CIA; das gilt für den Bundeswehreinsatz im Innern; das gilt für die Aktivitäten von BND-Agenten in Bagdad während des Golfkrieges. In Presseerklärungen, Anfragen an die Bundesregierung, Entschließungsanträgen, Reden, im Verteidigungs-, Außen- und Innenausschuss werden jetzt von PolitikerInnen Beiträge geliefert, die in der Medienlandschaft nun einmal aufgrund ihres parlamentarischen Status' mehr Gehör finden als diejenigen von nebenberuflichen oder ehrenamtlichen FriedensaktivistInnen. Außerdem lässt sich bei manchen Abgeordneten eine große Aufgeschlossenheit gegenüber der Friedensbewegung feststellen. Diese kann über einige Abgeordnete selbst Themen lancieren oder zumindest Anstöße liefern – nur ein Beispiel: die Wehrungerechtigkeit wird von der Fraktion thematisiert. Die Infrastruktur der Bundestagsbüros, der privilegierte Zugang der Abgeordneten zu Informationen aus dem Militär- und sonstigen Repressionsapparat, ihre parlamentarischen wie medialen Interventionsmöglichkeiten – aus all dem zieht die Friedensbewegung einigen Nutzen.

Auf der anderen Seite muss die Friedensbewegung aufpassen, dass sie sich nicht zu sehr auf die Linksfraktion einlässt. Diese Geschichte könnte sehr rasch zum Rohrkrepiere werden. Nach ein paar Wochen Parlamentstätigkeit ist unverkennbar, dass der im Wahlkampf so scheinbar feste antimilitaristische Standpunkt bereits aufgeweicht ist.

Der erste parlamentarische Schritt war ein Entschließungsantrag vom 29. November. Darin wurde gefordert, den Personalumfang der Bundeswehr auf 100.000 festzuschreiben, „Rüstungsexporte außerhalb des Nato-Vertragsgebietes“ zu verbieten und „Kriegseinsätze der Bundeswehr“ zu beenden. Wozu braucht jemand 100.000 Bundeswehr-

soldaten? Wieso sollen die Nato-Staaten weiterhin Rüstungsgüter erhalten, die sie bekanntlich an alle möglichen Staaten weiterverkaufen, wenn sie sie nicht grade selbst zum Kriegführen brauchen? Wieso wurde nicht die einzig konsequente Forderung nach Verbot von Rüstungsproduktion erhoben?

Am 5. Dezember forderte die Fraktion in einem Antrag, die Militärmission der EU in Bosnien-Herzegowina durch eine Polizeimission abzulösen, die ebenfalls unter EU-Kommando laufen soll. Besser ist das nicht: Die Ersetzung von Militär- durch Polizeimissionen gehört zur Strategie der EU, schwerer wiegt noch, dass Polizeieinsätze im Unterschied zu Bundeswehreinsätzen nicht vom Parlament beschlossen und beendet werden müssen. Der Antrag lief also darauf hinaus, der Bundesregierung freie Hand für den Einsatz von Bundespolizei, GSG 9 und anderen Polizeieinheiten zu geben. Kritik von Parteimitgliedern, es gebe noch gar keine innerparteiliche Beschlusslage zu Auslandseinsätzen der Polizei, verhallte ungehört.

Was genau meint die Fraktion eigentlich, wenn sie von „Kriegseinsätzen“ redet? Im Münsteraner Parteitagbeschluss war deutlicher von „Auslandseinsätzen“ die Rede. Betreibt die Fraktion jetzt das gleiche rhetorische Spielchen wie die Bundesregierung und differenziert zwischen Kriegs- und angeblichen „Friedens-“ oder „Stabilisierungseinsätzen“?

Dass genau dieses Hintertürchen gemeint sein könnte, zeigte sich bei der Abstimmung über den Sudan-Einsatz am 16. Dezember. Wenige Tage davor ließ Paul Schäfer ein Papier in der Fraktion herumgehen, in dem er in staatsmännischem Duktus Für und Wider des Einsatzes abwog. Eine Ablehnung durch die Fraktion erscheine „nicht plausibel und nicht verantwortbar“, grade so, als sei die Regierung auf die Stimmen der Linksfraktion angewiesen. Weiter: „Die Linke wird sich aber als kritische Opposition dazu positionieren müssen, dass sich UN-Blauhelmissionen unter bestimmten Voraussetzungen als notwendig und unausweichlich erweisen kön-

nen ... Das verlangt allerdings auch, dass sich Die Linke mit der Frage beschäftigt, wie die Voraussetzungen für wirksame Blauhelmeinsätze beschaffen sein müssen. Und die Frage ist zu klären, wie eine deutsche Unterstützung dieser Einsätze aussehen könnte ... Die Linke wird ... nicht umhin können, sich diesen Fragen zu stellen und neu zu beantworten.“

Hier möchte jemand gerne mitregieren und tut bereits in der Opposition so, als trage er Regierungsverantwortung. Mit seinem Papier hat Schäfer ein Ja eingefordert. Dass er dann real mit „nein“ gestimmt hat, dürfte zwei Motive haben: Ein taktisches, weil er sich nicht die Blöße gibt, brüsk gegen geltende Parteibeschlüsse zu verstoßen. Und wohl auch ein persönliches; für „preußische“ Disziplin hat sich der Mann schon des Öfteren ausgesprochen, und das meint wohl auch Parteidisziplin.

Nun ist Schäfer nicht alleine mit dieser Haltung. Andere beteiligen sich an dieser Pro-Bundeswehr-Debatte und führen schon mal ein Täuschungsmanöver durch. So wurde den Abgeordneten von Angehörigen des Fraktionsvorstandes erzählt, es gehe es ja bloß um sieben Soldaten. Eine Desinformation: Das Mandat gilt für 200. Wenn derzeit nur sieben tatsächlich benötigt werden, ist das eine Sache. Eine andere ist, dass die Regierung jederzeit, und ohne noch einmal das Parlament zu fragen, 193 weitere Soldaten entsenden kann. Außerdem, so hieß es in der Fraktion, seien die Bundeswehrsoldaten im Sudan ausschließlich aus Gründen des Selbstschutzes bewaffnet – auch das falsch: Das Mandat berechtigt sie zur „Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihres Auftrags“. Geschossen werden darf also, wenn jemand im Weg steht, nicht erst, wenn es ums eigene Leben geht. 14 von anwesenden 50 Linken enthielten sich bei der Abstimmung ihrer Stimme.

Wenn sich der Abgeordnete Bodo Ramelow per Leserbrief in der „jungen Welt“ vom 20. Dezember gegen Kritik an diesem Abstimmungsverhalten wehrt und erklärt, die 14 Enthaltungen bedeuteten eine Absage an die militärische Logik, dann irrt er. Bei einer Partei, die mit klarem Antimilitarismus antrat, sind 14 Enthaltungen eben 14 Enthaltungen zu viel, es sind 14 Stimmen bzw. 28 Prozent der Fraktion, die vom eindeutigen Antimilitarismus Abstand nehmen und sich der militärischen Logik annähern.

Die Presseerklärung von Paul Schäfer zum Thema „AWACS-Einsatz bei der

Fußball-Weltmeisterschaft“ vom 6. Januar weist ebenfalls in diese Richtung. Erneut gibt Schäfer den Staatsmann und denkt darüber nach, unter welchen Umständen die Bundeswehr im Inland eingesetzt werden sollte, und zwar nicht nur in Form der AWACS, sondern auch in Form von Jagdflugzeugen. Deren Einsatz lehnt Schäfer keineswegs ab – er fordert nur, dass dabei die „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ gewahrt werden sollte. Auf so einen Kriegseinsatz hat die Menschheit nun gerade noch gewartet!

Das Problem darf natürlich nicht auf Paul Schäfer reduziert werden. Es geht um die Grundfrage, dass ein starker Flügel der Fraktion so früh wie möglich seine Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen und lästigen Ballast über Bord werfen will, wozu auch der Antimilitarismus gehört. Lieber heute schon umfallen, damit es morgen keiner mehr merkt, lautet hier die Devise.

Das ist wiederum nicht nur ein Problem, das die Friedensbewegung mit einem Realo-Flügel in der Linkspartei hat (hier sollte mitbedacht werden, dass es einen solchen Realo-Flügel auch in der Friedensbewegung gibt!). Die Ambivalenz, welche die Fraktion aufweist, ist nicht einfach ein Kampf „guter“ gegen „böse“ Abgeordnete. Diese Zwiespältigkeit ist vielmehr funktional: So wird mehreren WählerInnenschichten zugleich etwas geboten. Wir erinnern uns noch gut daran, wie Christian Ströbele jahrelang den „guten“, antimilitaristischen Grünen gab und zugleich im Wahlkampf Seite an Seite mit der Kriegstreiber-Mehrheit seiner Partei stand. Deshalb gilt auch für die 36 Linksabgeordneten, die gegen den Sudan-Einsatz gestimmt haben: Solange sie sich einen verteidigungspolitischen Sprecher leisten, der Kriegseinsätze nicht ablehnt, sondern „gründliche Einzelfallprüfung“, nachzulesen in der „junge Welt“ vom 21. Dezember, fordert und sie okay findet, wenn die „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ gewahrt bleibt, solange müssen sie sich größtes Misstrauen seitens der Friedensbewegung gefallen lassen. Vertrauen in die Prinzipienfestigkeit parlamentsorientierter Arbeit ist sowieso das Letzte, was AntimilitaristInnen haben sollten. Distanz zum Parteiwesen bleibt unerlässlich.

René Schulz arbeitet im Umfeld des DFG-VK-Landesverbandes Berlin-Brandenburg.



Tobias Pflüger
Mitglied des Europäischen Parlaments und der DFG-VK

Reale Kriegsgefahr: Die Sicherheitskonferenz und der Iran

„Merkel vergleicht Iran mit Hitler-Deutschland“, so die „Bild“-Zeitung. Der Iran habe „mutwillig alle roten Linien überschritten“, meint die Kanzlerin. US-Verteidigungsminister Rumsfeld sekundierte: Das iranische Regime sei der „wichtigste Förderer des Terrorismus auf der Welt“. All dies kommt einem aus dem Irak-Krieg bekannt vor. Mit dem Unterschied allerdings, dass Deutschland und die EU diesmal vorne sind beim Eskalieren.

Für das erneuerte US-Angebot einer Partnerschaft beim Führen der Welt gerierte sich Bundeskanzlerin Merkel in München bei der NATO-„Sicherheitskonferenz“ als Vorreiterin bei den Drohungen gegen den Iran. Diesmal will man nicht „nur“ Infrastruktur und Truppenersatz zur Verfügung stellen.

Pünktlich zum Beginn in München hat der IAEO-Gouverneursrat der Forderung der EU-3 (Großbritannien, Frankreich und Deutschland), den Atomstreit mit dem Iran an den UN-Sicherheitsrat zu überweisen, nachgegeben. Dies ist ein weiterer Eskalationsschritt hin zu einem Krieg gegen den Iran.

Anders als behauptet hat sich der Iran bisher an den Atomwaffensperrvertrag (NPT) gehalten – während Großbritannien und Frankreich entgegen den Bestimmungen des NPT ihre Atomwaffen modernisieren, Deutschland auf „nukleare Teilhabe“ nicht verzichtet und den Forschungsreaktor in Garching mit waffenfähigem Uran betreibt. Chirac spricht gar offen vom Einsatz von Atomwaffen. Die offiziellen Atommächte sind bisher nicht der NPT-Verpflichtung nachgekommen, eine vollständige Abrüstung ihrer Atomwaffen unter internationaler Aufsicht vertraglich zu vereinbaren.

Im Atomstreit mit dem Iran wird mit zweierlei Maß gemessen, um ein mögliches militärisches Vorgehen zu legitimieren. Das Völkerrecht darf nicht zum Recht des Stärkeren werden. Im Streit mit dem Iran muss glaubhaft jede militärische Option ausgeschlossen werden.

Es besteht eine reale Gefahr für einen Angriff auf den Iran. Es ist Zeit, dass wir als Antikriegs- und Friedensbewegung dagegen mobilisieren.

